

BDI-Stellungnahme:

1. Die EU-Institutionen sollten so schnell wie möglich rechtlich klären, ob dem WTO-Beitrittsprotokoll Chinas zufolge die EU völkerrechtlich gebunden ist, ab 11. Dezember 2016 chinesische Preise in Antidumping-Untersuchungen zu Grunde zu legen, und infolgedessen China den Status einer Marktwirtschaft (Market Economy Status, MES) gewähren muss.
2. Wenn keine völkerrechtlich bindende Verpflichtung zur Gewährung des MES besteht, sollten die Entscheidungen der EU-Institutionen über die MES-Vergabe an die Erfüllung der technischen Kriterien der EU gekoppelt werden.
3. Ein gemeinsamer Kurs mit den transatlantischen Partnern in der Frage der MES-Gewährung an China würde sich gut in die angestrebte Vertiefung der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen einfügen.
4. Der BDI fordert die EU und die VR China auf, unabhängig von der Frage des MES alles dafür zu tun, dass der Marktzugang für den Handel und für Investoren weiter verbessert wird – in der EU, in China wie auch in Drittländern. Zudem sollte die EU sicherstellen, dass sich die europäische Industrie auch weiterhin gegen unfaire Importe aus China zur Wehr setzen kann.
5. Der BDI fordert die chinesische Regierung dazu auf, den Strukturwandel in China zu beschleunigen und Überkapazitäten, insbesondere im Stahlbereich, abzubauen.

Datum

10. Dezember 2015

Seite

1 von 2

Hintergrund:

Die deutsche Industrie ist weltweit vernetzt wie kaum eine andere. Die Internationalisierung der industriellen Wertschöpfungsketten trägt erheblich zu ihrer Wettbewerbsfähigkeit bei. Die deutsche Industrie ist auf weltweit offene Märkte und faire Wettbewerbsbedingungen angewiesen – für den Handel ebenso wie für Investitionen. Ein offener, regelbasierter und fairer Handel sowie die weltweite Anerkennung marktwirtschaftlicher Prinzipien bieten der deutschen Industrie viele Vorteile.

China stellt mit Blick auf das Auslandsengagement deutscher Unternehmen einen Schlüsselmarkt dar. Das Land ist zudem ein Schlüsselakteur, um weltweit offene Märkte und faire Wettbewerbsbedingungen sicherzustellen. Umso wichtiger ist die Frage, ob und wenn ja unter welchen Umständen die EU China MES verleihen sollte.

Der BDI misst dem Verständnis wirtschaftspolitischer Prozesse in China einen großen Stellenwert bei, was sich beispielsweise in der aktuellen BDI-China-Studie „Reform oder Instabilität? Xi Jinpings Entscheidungen für ein neues China“ widerspiegelt. Chinas Strukturwandel und damit auch sein zukünftiger Entwicklungsweg zu einer Marktwirtschaft sind für die deutsche Industrie wichtig – wegen der Größe des Marktes, der auch in Zukunft zu erwartenden Marktdynamik und dem starken investiven Engagement der deutschen Industrie vor Ort.

BusinessEurope fordert in einem aktuellen Positionspapier die EU-Kommission auf, den Status des WTO-Beitrittsprotokolls Chinas zu klären und im Kontext rechtlicher, politischer und ökonomischer Aspekte eine Bewertung möglicher Auswirkungen auf die EU vorzunehmen. Der BDI unterstützt diesen Appell. Nur eine rechtliche Klärung durch die EU kann hier Sicherheit schaffen.

Der BDI tritt für eine Stärkung der industriellen Wertschöpfungsketten auch am Standort Deutschland ein. So muss sichergestellt werden, dass auch in Zukunft in Deutschland wichtige Grundstoffindustrien erfolgreich produzieren können. Die Vergabe des MES an China darf dies nicht gefährden. Mehrere Branchen befürchten, dass durch die Vergabe des MES Antidumping-Maßnahmen ihre Wirksamkeit verlieren werden. Sollte die EU in Zukunft nicht mehr in der Lage sein, Vergleichspreise in Antidumping-Untersuchungen anzulegen, wäre die Schutzwirkung dieses Instrumentariums als Rechtsbehelf vor unfairem Wettbewerb eingeschränkt. Andere Branchen beziehen hingegen einen so hohen Anteil an Vorprodukten aus China, dass die Anwendung handelspolitischer Schutzinstrumente für einzelne Unternehmen mehr Schaden als Nutzen bringt.